

André Giroud
Greg

...ung der ... in 7 ...



...om...

Budg

Partizip

Pr

Politik

Einig

Partizipation

Akteure?

Welche Kinder- und Jugendpolitik in den Freiburger Gemeinden?

—
Synthese der «I mache mit!»
Treffen in den Bezirken
(Herbst 2018)



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Service de l'enfance et de la jeunesse SEJ
Jugendamt JA

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Einleitung | 3 |
| 1. Braucht es in meiner Gemeinde eine Kinder- und Jugendpolitik? | 4 |
| 2. Es gibt schon so viel: was kann mehr getan werden? | 5 |
| 3. Wie können Ressourcen für die Umsetzung einer Kinder- und Jugendpolitik gefunden werden? | 6 |
| 4. Sind die Initiativen der Gemeinde kein unlauterer Wettbewerb zu den Angeboten der Zivilgesellschaft? | 7 |
| 5. Wozu braucht es eine Bestandsaufnahme? | 8 |
| 6. Wie können die Bedürfnisse in Erfahrung gebracht werden? | 9 |
| 7. Sind die Konzepte Papiertiger? | 10 |
| 8. Für welche Zielgruppe? | 11 |
| 9. Alleine oder mit anderen Gemeinden? | 12 |
| Schlussfolgerung | 13 |
| Anhang | 14 |

Einleitung

Die Gemeinden stehen im Zentrum der Kinder- und Jugendpolitik und verfügen über eine mehrschichtige Verantwortung in diesem Bereich. Gemäss dem kantonalen Jugendgesetz (JuG) sind sie namentlich für die Förderung des örtlichen Vereinsnetzwerkes sowie für die Entwicklung von allgemeinen Kinder- und Jugendaktivitäten verantwortlich, gegebenenfalls im Rahmen einer gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit. Sie arbeiten für die Organisation der Kleinkinderbetreuung und der schulergänzenden Betreuung mit dem Staat und Privaten zusammen und haben zudem den Auftrag, den Kindern und Jugendlichen zweckmässige Begegnungsstätten zur Verfügung zu stellen.

In diesem Rahmen gibt die kantonale Kommission für Jugendfragen (JuK) wertvolle Vorschläge, Tipps und Empfehlungen an die Gemeinden ab. In Übereinstimmung mit dem JuG und der Strategie «I mache mit!» hat sie deshalb im September 2018 einen Leitfaden über die Entwicklung der Kinder- und Jugendpolitik zuhanden der Gemeinden herausgegeben.

Für den Austausch über die bewährten Vorgehensweisen, die in diesem Leitfaden vorgestellt werden, veranstaltete und leitete die kantonale Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung (FKJF) in jedem Bezirk Treffen für die Freiburger Gemeinden. An diesen Treffen wurden die bewährten Vorgehensweisen des Leitfadens vorgestellt und die den Gemeinden zu Verfügung stehenden Möglichkeiten für die Entwicklung einer bedarfsgerechten Kinder- und Jugendpolitik besprochen. Diese Treffen wurden mit einer Präsentation, einem Austausch im Plenum und Gruppenarbeiten für die Vertiefung der Überlegungen strukturiert.

Diese Synthese gibt in der Hauptsache die wichtigsten Punkte wieder, die sich aus den Diskussionen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden ergeben haben. Im Lauf der verschiedenen Treffen wurden zwei hauptsächliche Vorgehensweisen ausgemacht. Erstens wurden die Befürchtungen, Schwierigkeiten und Zweifel ausgedrückt. Zweitens wurden Lösungen skizziert und Überlegungen formuliert. Einer Dialektik folgend, die den Ideengeber nicht erwähnt, wird in dieser Synthese mit der ersten Vorgehensweise in die zweite übergeleitet. Ohne sich als Protokoll zu verstehen gibt sie den Geist und den Inhalt der an diesen Treffen geführten Diskussionen getreu wieder. Als Abschluss fügte die FKJF jedem Kapitel eine Schlussfolgerung hinzu.

1. Braucht es in meiner Gemeinde eine Kinder- und Jugendpolitik?

Die «I mache mit!»-Treffen haben gezeigt, dass eine Reihe von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten denken, dass in ihrer Gemeinde die Ausarbeitung einer Kinder- und Jugendpolitik nicht gerechtfertigt sei. Aus Ihrer Sicht kennen sich die Einwohnerinnen und Einwohner ihrer Gemeinde und durch diese Nähe kennen die Behörden, die immer ein offenes Ohr für die Fragen der Jungen haben, die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen. Diese Gemeinden verfügen über ein gutes und integrierendes Vereinsnetzwerk und die Familienstrukturen sind immer noch sehr solide. In diesem Umfeld werden Jugendliche mit Schwierigkeiten oder gefährdete Jugendliche rasch erkannt. Aufgrund der Solidarität und der Verbundenheit der Einwohnerinnen und Einwohner sind diese Fälle aber selten. Um dies zu veranschaulichen, sagte eine Gemeinderätin: «Ich gehe nicht zum Arzt, wenn ich nicht krank bin.»

Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte erinnerten oft daran, dass die Kinder- und Jugendpolitik der Gemeinden wie jede andere öffentliche Politik einem erwiesenen Bedürfnis entsprechen solle. In der Folge betonten sie, dass die Gemeinden nicht alle gleich seien. Einige Gemeinden sähen sich Problemen gegenüber, die andere nicht kennen. Fast alle waren sich einig, dass es nichts nützt, Projekte auf die Beine zu stellen, ohne sich sicher zu sein, dass sie einem erwiesenen Bedürfnis entsprechen. Allerdings wurde auch erwähnt, dass «die Erwachsenen manchmal zu sehr überzeugt sind, dass sie die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen kennen. Es scheint schwierig, sich in alle Kinder und Jugendlichen der Gemeinde zu versetzen, indem man sich auf die Erfahrung der eigenen Kinder oder jener des eigenen Umfelds stützt.»

Bild 1: Massonnens, 19. September 2018



Ebenso wie eine Massnahme einem erwiesenen Bedürfnis entsprechen soll, muss erwiesen sein, dass kein Bedürfnis besteht, um keine Kinder- und Jugendpolitik einzuführen. Um aufzuzeigen, dass kein Bedürfnis besteht, müssen die Kinder und Jugendlichen als Kollektiv angehört werden, was wiederum der Umsetzung einer Politik entspricht. In diesem Zusammenhang wurde während einer Diskussion zugestanden, dass eine minimale Kinder- und Jugendpolitik eine Politik sei, welche die Bedürfnisse oder das überprüfte Fehlen der Bedürfnisse tatsächlich berücksichtigt.



Diese Überprüfung oder die Konsultation der Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen ist bei dieser Bevölkerungskategorie besonders notwendig, da sie nicht über die gleichen Kapazitäten des Ausdrucks und Bürgerrechte verfügt wie die Erwachsenen. Gemäss dem

Übereinkommen über die Rechte des Kindes der UNO haben die Kinder und Jugendlichen das Recht, zu allen Themen, die sie betreffen, gehört zu werden.

Bild 2: Estavayer, 12. Dezember 2018



2. Es gibt schon so viel: was kann mehr getan werden?

Einige der an den Treffen anwesenden Personen sahen in der Umsetzung einer professionellen oder nichtprofessionellen Kinder- und Jugendarbeit durch die Gemeinde eine Art Überangebot. Viele stellten fest, dass die Jungen oft nicht mehr genügend Zeit hätten, um ihre Hausaufgaben richtig zu machen oder sich auszuruhen. Das Angebot des Vereinsnetzwerkes ist für viele schon sehr gross und es mache keinen Sinn, weitere Angebote hinzuzufügen: «Wer eine Aktivität sucht, hat die Qual der Wahl.» Zudem sind die Jungen laut einigen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten sehr gut darin, sich selber zu organisieren: ein Beweis dafür sind die Giron, die sie jedes Jahr im ganzen Kanton organisieren. Es wurde auch erwähnt, dass die Kinder selber kreativ werden sollen, ohne dass die Erwachsenen eingriffen.

Andere hingegen denken, dass die Jugendlichen etwas anderes erwarten, als was von den lokalen Vereinen angeboten werde. Oft sei die langfristige Verpflichtung ein Hindernis, aufgrund dessen die Jugendlichen nicht Mitglied eines Vereins werden. Um den Kindern und Jugendlichen diversifizierte Aktivitäten zu zeigen, ohne dass sie sich sofort verpflichten müssen, ist FriTime für mehrere Gemeinden eine Alternative. Andere Gemeinderätinnen und Gemeinderäte fanden ihrerseits, dass das Angebot lückenhaft sei. Sie erwähnten Beispiele wie die Einführung in Biologie, Klettern, Töpfern usw.

In diesem Bereich erwähnten einige Gemeinderätinnen und Gemeinderäte die Notwendigkeit, die Bedürfnisse zu erfassen, bevor behauptet werden könne, dass das Angebot angemessen sei. Dazu scheint das Einholen der Meinung der Kinder und Jugendlichen von grösster Bedeutung zu sein: «Wir müssen gegenüber den Jungen, die Ideen vortragen, offen sein.»



Die Entwicklung einer Kinder- und Jugendpolitik ist gemäss dem Ausführungsreglement des kantonalen Jugendgesetzes Aufgabe der Gemeinde. Es geht nicht zwangsläufig darum, immer mehr Aktivitäten anzubieten und ein Überangebot zu schaffen. Manchmal genügt es, das Bestehende anzupassen und bekannt zu machen sowie Leitlinien oder Ziele festzulegen.

3. Wie können Ressourcen für die Umsetzung einer Kinder- und Jugendpolitik gefunden werden?

Die Milizgemeinderätinnen und Milizgemeinderäte wiederholten mehrfach, dass ihnen die Zeit fehle, um eine solche transversale Politik zu lancieren. Die ordentlichen Aufgaben seien bereits sehr zeitaufwendig. Der Staat stelle in einigen Bereichen hohe Anforderungen an die Gemeinden, wodurch ihnen nicht viel Raum für anderes bleibe. Dadurch werde die Entwicklung von Visionen und neuen Projekten verhindert. Dies könne dann belastend sein, wenn die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Gemeindebehörden sehr hoch sind.

Die Schwierigkeit, die Mitglieder des Gemeinderates von der Freigabe von Geldern für die Kinder- und Jugendpolitik zu überzeugen, wurde ebenfalls angesprochen. Die Schulen und familienergänzenden Betreuungsstrukturen nehmen viele Mittel und Energie in Beschlag und viele Gemeinderätinnen und Gemeinderäte erachten es nicht als notwendig, mehr für die Kinder und Jugendlichen zu tun. Auch erwähnten mehrere Gemeinderätinnen und Gemeinderäte die Wichtigkeit, für die Umsetzung der Projekte über genügend motivierte Personen in der Gemeinde zu verfügen. Doch die Suche nach Freiwilligen und der Aufbau eines Netzwerkes verlangt viel Zeit und Energie.

Eine Gemeinderätin erklärte, dass ihre Gemeinde den Jugendlichen der Gemeinde einen Raum in «Selbstverwaltung» zur Verfügung stelle, um der Ressourcenfrage abzuhelpfen. Der gute Ablauf werde von einer Gruppe junger Freiwilligen sichergestellt, die dazu eine Ausbildung abgeschlossen hätten. Diese Methode kann ein guter Ausgangspunkt sein, um den Jungen eine Begegnungsstätte zu bieten. Die Aufsicht und die Präsenz eines Erwachsenen bleiben jedoch fundamental. Im erwähnten Beispiel ist die Gemeinderätin sehr engagiert und verfolgt die Entwicklung der Dinge aus der Nähe. Folglich ist von Seite der betreffenden Gemeinderätin eine gewisse Zeitinvestition notwendig.

Ebenso sagten zahlreiche Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, dass sie mit Freiwilligenprojekten angefangen hätten. FriTime wurde mehrmals erwähnt. FriTime ist eine Plattform, die Personen der Gemeinde vernetzt, die bereit sind, für die Kinder und Jugendlichen Aktivitäten zu organisieren. Das Engagement für den Start des Projekts ist zwar nicht vernachlässigbar, die Programmleitung jedoch weniger zeitraubend. In einigen Gemeinden wurden Kinder- und Jugendarbeitsvereine mit fragilen Strukturen geschaffen, die in der Folge professionalisiert wurden, was kein eigentliches Ziel ist. Es geht vielmehr darum, ein wenig ehrgeizigere Ziele nachhaltig zu erreichen. Allgemein wurde die Wichtigkeit erwähnt, Begeisterung und Eifer für ein Projekt zu schaffen: dadurch würden die Chancen auf eine Finanzierung erhöht. Wie eine Gemeinderätin sagte, geht es darum, «Zugpferde zu finden».



Der Staat kann mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Einführung von professionellen oder auf Freiwilligenarbeit gestützten Projekten finanziell unterstützen. Die FKJF steht für die Unterstützung der Umsetzung von Projekten zur Verfügung. Der Staat unterstützt den Verein FriTime, der zudem eine Unterstützung für die Umsetzung von FriTime-Projekten anbietet.

Bild 3: Attalens, 10. Oktober 2018



4. Sind die Initiativen der Gemeinde kein unlauterer Wettbewerb zu den Angeboten der Zivilgesellschaft?

Die verschiedenen Treffen in den Gemeinden waren auch eine Gelegenheit, die Aufteilung der finanziellen Mittel zwischen den Akteuren der Jugendarbeit zu diskutieren. Manchmal betrachteten die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte des Kantons Freiburg die Umsetzung eines FriTime-Projekts oder die Einrichtung einer soziokulturellen Animation als eine Art der Konkurrenz zu den bestehenden lokalen Vereinigungen. Sie stellten die Frage nach der Gleichstellung in der Unterstützung der Gemeinde für die verschiedenen im Bereich Kinder und Jugend tätigen Vereinigungen. «Eine soziokulturelle Animation führt zu viel höheren Festkosten als eine subsidiäre Unterstützung von lokalen Vereinen.» So wurde mehrmals erwähnt, dass die bereits bestehenden Vereine, deren Arbeit von allen geschätzt wird, die Einführung einer professionellen Kinder- und Jugendarbeit als eine Art Misstrauen gegenüber ihren Angeboten interpretieren könnten.

Zudem sind einige der Ansicht, dass die lokalen Vereinigungen mehr für die Partizipation der Kinder und Jugendlichen leisten, da diese an der Organisation von Lottospielen oder verschiedenen Verkäufen beteiligt sind und so einen Beitrag zur Finanzierung der Gemeinschaft leisten. Im Gegensatz dazu ist die offene Jugendarbeit ein Bereich, in dem von den Jungen kein Einsatz verlangt wird, die als «Konsumenten» ohne persönliche Gegenleistung ein Angebot nutzen können.

Es wurde erwidert, dass die professionelle Kinder- und Jugendarbeit nicht den gleichen Status hat wie die lokalen Vereinigungen und dass es schwierig ist, sie zu vergleichen und gegenüberzustellen. Während erstere einen Auftrag der Gemeinde hat, der einem Bedürfnis der Öffentlichkeit entspricht, bieten die Vereinigungen frei gewählte und organisierte Aktivitäten an. Auch wenn diese Vereinigungen einen grossen Beitrag zur Kinder- und Jugendarbeit der Gemeinde leisten, müssen sie sich nur vor ihren Mitgliedern rechtfertigen. Die Animatorinnen und Animatoren arbeiten für die gesamte Gemeinde. Ihre Tätigkeit fällt unter die Sozialarbeit und beschränkt sich nicht auf die Organisation von Aktivitäten für die Kinder und Jugendlichen oder die Betreuung eines zur Verfügung gestellten Raums: sie begleiten und beraten die Kinder und Jugendlichen bei ihren alltäglichen Schwierigkeiten professionell. Sie können bei Gefährdungen frühzeitig handeln und die Kinder und Jugendlichen an eine geeignete Struktur verweisen. Sie richten ihre Tätigkeiten auf präzise Ziele aus: Aneignung von Kompetenzen, Partizipation, berufliche Eingliederung, Integration. Sie helfen den Jugendlichen, ihr eigenes Projekt auf die Beine zu stellen und stellen zusätzlich eine langfristige Unterstützung der Jungen sicher, die so über eine Bezugsperson verfügen.



Wir vermerken, dass sich die Koordinatorinnen und Koordinatoren um die Entwicklung der globalen Gemeindepolitik kümmern können: Ausarbeitung einer Bestandsaufnahme, Verfassen eines Kinder- und Jugendkonzepts in Zusammenarbeit mit den betreffenden Vereinigungen und Partnern, Organisation von Sitzungen der Kinder- und Jugendkommissionen der Gemeinde usw. Sie können die Informationen oder Werbemassnahmen der verschiedenen Vereine der Gemeinde weiterleiten. Sie können für die Organisation von Veranstaltungen Ressourcen zur Verfügung stellen und so eine wertvolle Unterstützung der lokalen Vereine werden. In einigen Gemeinden kümmert sich die soziokulturelle Animation um die Umsetzung eines FriTime-Programms, das einen gemeinsamen Aktivitätenkalender der jeweiligen Vereinigungen bekannt macht und koordiniert.

5. Wozu braucht es eine Bestandsaufnahme?

In den meisten Gemeinden gibt es keine formell erstellte Bestandsaufnahme der Kinder- und Jugendpolitik. Einige regionale Websites, wie der P'tit Glânois, erfassen ziemlich viel, werden aber von den Gemeindebehörden nicht unterstützt. Gemäss einigen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten wissen die Jugendlichen, wenn sie dies wollen, wo sie das gewünschte Angebot suchen und finden können. Die in den Gemeinden aktiven Vereine sind den Jungen bekannt. Zudem werden die Informationen zu bestehenden Angeboten oft über die Schulen vermittelt, wodurch ein breit abgestützter Erhalt sichergestellt wird.

Einige Gemeinderätinnen und Gemeinderäte betonten hingegen, dass nicht alle Angebote bekannt seien: «Ich bin überzeugt, dass die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte nicht alle bestehenden Angebote in ihren Gemeinden kennen.» Sie anerkannten die Wichtigkeit einer Bestandsaufnahme, um eine Übersicht über das Bestehende zu erhalten. Sie sahen zudem die Gelegenheit, das Bestehende mit einer Bestandsaufnahme bekanntzumachen: «Man wird erstaunt sein, wie reich unsere Region an Aktivitäten ist!» Mit der Bestandsaufnahme können auch Lücken besser aufgezeigt werden.

Es wurde zudem erwähnt, dass die Bestandsaufnahmen nicht direkt zu einer politischen Aktion führen müsse, da sie alleine nicht genüge. Die potentiellen Nutzerinnen und Nutzer des Angebots müssten zusätzlich zu ihren Bedürfnissen befragt werden. Es ist bereits vorgekommen, dass eine Gemeinde bereit war, einen Raum zur Verfügung zu stellen, was aber nicht funktionierte, weil die Benützung kostenpflichtig war. Die Gemeinden müssen wissen, ob die Nutzerinnen und Nutzer bereit sind, für das jeweilige Angebot zu bezahlen.

Laut einem Gemeinderat versammelt seine Gemeinde die betroffenen Akteure neu mit einer Jugendplattform. Diese Gruppe führt zu einer globalen Vision der Situation und könnte in der nahen Zukunft zur partizipativen Ausarbeitung einer Bestandsaufnahme führen, wobei alle ihre Erfahrung und ihre Kenntnis der Situation einbringen. Diese Gruppe kann nach Bedarf die Kompetenzen von mehreren Personen beziehen.



Bevor diese potentiellen Akteure für ein gemeinsames Projekt und Konzept gewonnen werden können, müssen sie zuerst identifiziert und ihr Angebot an regelmässigen Aktivitäten und punktuellen Veranstaltungen in Erfahrung gebracht werden. Eine solche Bestandsaufnahme offenbart das Umfeld, in dem die Kinder- und Jugendpolitik geführt werden wird, und ermöglicht das Beleuchten der bestehenden Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken.

Bilder 4 und 5: Grangeneuve, 21. November 2018



6. Wie können die Bedürfnisse in Erfahrung gebracht werden?

Der Grossteil der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ist der Meinung, dass die Vereinigungen der Gemeinde wertvolle Partnerinnen für das Aufzeigen der Bedürfnisse der Bevölkerung sind. Es wurde mehrmals erwähnt, dass das Zersplittern der traditionellen sozialen Strukturen den Zusammenhalt in der Gemeinde in Frage stelle. Einige Gemeinderätinnen und Gemeinderäte erwähnten namentlich das Phänomen der Schlafdörfer: die Jungen würden für Arbeit und Freizeit von den nächstgelegenen urbanen Zentren angezogen und sich oft nicht mehr in Dorfvereinen engagieren. Nach ihrer Sicht betrifft dieses Phänomen viele der neuen Einwohnerinnen und Einwohner, die Bedürfnisse haben, welche die traditionelle Gemeinschaft nicht mehr erfüllt. Der Fussballclub, die Musikgesellschaften, der Schützenverein und der gemischte Chor haben immer mehr Mühe, Nachwuchs zu finden. «Man findet keine Freiwilligen mehr!» So wächst auch der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die nicht Mitglied in Dorfvereinen sind. Die Gemeinden sehen sich folglich für die systematische Erfassung der Bedürfnisse ihrer Bevölkerung vor einer neuen Herausforderung.

Um sich dieser Herausforderung zu stellen und über die bereits bestehenden Vereinigungen hinaus Meinungen einzuholen, wurden an den «I mache mit!»-Treffen einige Vorschläge gemacht:

- > Befragung von Kindern durch die Schulen. Die Schule wird als Akteurin betrachtet, die alle sozialen Klassen, Herkunft, Bildungsstufen, sexuelle Ausrichtungen usw. versammelt. Auch wenn die Befragung als zweckdienliches Instrument für die Erfassung der Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen erwähnt wurde, genügt sie laut einigen Teilnehmenden alleine nicht, die mit einer Massnahme infolge einer Befragung scheiterten.
- > Diskussionen in der Klasse in Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen.
- > Konsultation der Fachpersonen, die mit den Kindern und Jugendlichen in Kontakt kommen. Soziokulturelle Animatorinnen und Animatoren kennen die von den Jungen ausgedrückten Bedürfnisse gut. Die Fachpersonen können mit der Ergründung der Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen beauftragt werden und ihnen die Politik vorstellen.
- > Eine Ideenbox in den Gemeinden.
- > Die Jungbürgerfeier kann auch ein Mittel sein, direkt mit den Jungen zu diskutieren.
- > Schaffung eines Jugendrates oder sogar eines Generalrates für die Jungen. Gegen diese Idee wurde jedoch eingewandt, dass man die Partizipation der Kinder und Jugendlichen oft mit Erwachsenenstrukturen umsetzen will. Zudem wurde eingebracht, dass sich die Jungen eher kurzfristig engagieren und dies berücksichtigt werden soll.
- > Organisation eines Partizipationstages nach dem Modell von «Jugend Mit Wirkung».
- > Integration der Jungen in die Kinder- und Jugendkommission des Dorfes, Lenkungsgruppen, FriTime-Ausschüsse usw.
- > In einigen Gemeinden werden Gruppen von Jugendlichen in Verbindung mit der soziokulturellen Animation regelmässig über ihre Meinung zu den Bedürfnissen der Jungen in der Gemeinde befragt.



In diesem Bereich wird empfohlen, den Praxisleitfaden «I mache mit!» hinzuzuziehen, der interessante Praxisbeispiele für die Konsultation von Kindern und Jugendlichen auflistet.

7. Sind die Konzepte Papiertiger?

Die meisten Freiburger Gemeinden haben kein Konzept für ihre Kinder- und Jugendpolitik erarbeitet. Einige gaben an, dass Entscheide in diesem Bereich punktuell getroffen werden, abhängig von den Bedürfnissen, die von den Vereinen ausgedrückt werden. Andere gaben zu, dass ihnen manchmal eine Strategie mit Zielen fehle und dass sie sich oft in einer Reaktions- und nicht in einer Vorwegnahmehaltung befänden. Ein Gemeinderat nahm folgendes Beispiel, um diese Schwierigkeiten bei der Ausrichtung zu veranschaulichen: Zahlreiche neue Vereine fragen bei der Gemeinde um Unterstützung an. Da das Gesamtbudget für die Unterstützung der Vereine nicht unendlich dehnbar ist, muss bei der finanziellen Unterstützung der Vereine eine Wahl getroffen werden. Aber wie? Gestützt auf welche Ziele? Welche Kriterien? «Mit einem Konzept würde man besser wissen, wohin man geht. Ich bin für klare Ziele.»

Es wurde festgestellt, dass die Kinder- und Jugendpolitik ein breites Spektrum an Problemen abdecken kann: «Wo sind die Grenzen dieser Politik?» Mit einem Gemeindekonzept kann die Gemeindepolitik definiert werden. In diesem Zusammenhang erkannten die meisten der anwesenden Volksvertreterinnen und Volksvertreter das Potenzial eines Gemeindekonzepts: «Damit können Prioritäten gesetzt werden.»

Einige waren der Ansicht, dass damit die Unterstützung begründet und nachhaltig gesichert werden könne: fast alle anwesenden französischsprachigen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte gaben an, dass sie Jugendvereinigungen unterstützen würden. Mit der offiziellen Aufnahme dieser Unterstützung in ein Konzept kann sie nachhaltig in der lokalen Politik verankert werden. In der Tat befürchteten einige Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, dass die von ihnen lancierten Projekte vergessen werden, wenn sie aus dem Gemeinderat austreten. Ein Konzept mit Zielen gibt der Kinder- und Jugendpolitik einen offiziellen und institutionellen Charakter: «Mit einem Konzept bleibt etwas bestehen und wird dem Nachfolger weitergegeben.»

Eine Gemeinderätin brachte das Argument vor, dass mit einem Konzept auf Freiwilligenarbeit gestützte Initiativen und Projekte anerkannt werden können. Die Aufnahme dieses Beitrags der Zivilgesellschaft in ein Konzept gebe ihm die Sichtbarkeit, die er verdiene: «Die Anerkennung durch die Behörde ist wichtig.»



Wir fügen hinzu, dass ein Gemeindekonzept mit Zielen die Legitimität der umgesetzten Aktionen stützt. In diesem Sinn ist das Konzept ein Referenzdokument, das die Entscheide der Gemeinderätin oder des Gemeinderats begründet und unterstützt, die/der für die Kinder- und Jugendpolitik verantwortlich ist.

Bild 6: Murten, 29. November 2018



8. Für welche Zielgruppe?

Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte oder ihre Vertretung haben mehrmals ihre Unschlüssigkeit in Bezug auf die Wahl der Zielgruppe ausgedrückt. Soll man sich auf eine Politik für die 10–16-Jährigen beschränken? Einige sind der Ansicht, dass diese Altersgruppe ganz besonders ist: Die Jugendlichen wollen neue Erfahrungen machen, nach und nach von ihrem familiären Umfeld unabhängig werden. Für die Aktivitäten der Kleineren sind sie zu gross und für die Jugendvereine zu jung. In vielen Gemeinden ist diese Altersgruppe vergessen gegangen und wird nicht gehört. Während die Kinder bis ungefähr 10 Jahre von ihren Eltern vertreten werden und die jungen Erwachsenen vollwertige, mobile und unabhängige Bürger sind, gehen die Jugendlichen oft unter. Für viele Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ist dies die Altersgruppe, deren Bedürfnisse zu berücksichtigen sind.

Gleichzeitig «sind die 10–17-Jährigen so schwer erreichbar!» Mehrere anwesende Gemeinderätinnen und Gemeinderäte erklärten, dass sie erfolglos versucht hätten, etwas für die 10- bis 17-Jährigen auf die Beine zu stellen. Es wurde hier die Schaffung eines nicht genutzten Jugendzentrums, da ein FriTime-Projekt, das nur die Kleineren anlockte, dort die Organisation von Jungbürgerfeiern, an denen sich die Jungen nicht blicken liessen usw. erwähnt.

Andere denken, dass man sich nicht zu sehr auf diese Altersgruppe konzentrieren sollte, da dies dazu führe, dass guter Wille und bestehende Energien in der Gemeinde nicht genutzt würden. Sie beharrten darauf, globaler und generationsübergreifender zu denken. Um die Gemeinde zu begeistern und Unterstützung zu erhalten, sollen sich alle Altersgruppen angesprochen fühlen. So könne die Gemeinde besser von den Personen profitieren, die bereit sind, sich zu engagieren und auch Aktivitäten für die Jüngeren anzubieten. Es wurde auch erwähnt, dass die ausdrückliche Konzentration auf die Jugendlichen das Gegenteil bewirken könne: sie flüchten. Die Herausforderung bestehe darin, sie im gleichen Mass wie die anderen Altersgruppen zu berücksichtigen, während sichergestellt werde, dass sie gehört und ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden.

Eine Diskussionsgruppe betonte speziell, dass sich die Bedürfnisse von Familie zu Familie unterscheiden würden: «Wir müssen bei Jungen handeln, die sich in einer schwierigen familiären und sozialen Lage befinden! Jene, die in besseren Lebensbedingungen aufwachsen, haben bereits alles oder sogar zu viel!» Es wurde betont, dass die Kinder und Jugendlichen, deren Eltern sich durch ihre Inkompetenz oder Abwesenheit auszeichneten, einer Alternative, einer Bezugsperson, Aktivitäten, sozialen Kontakten bedürften. Die Gemeinschaft habe ein grosses Interesse daran, Angebote für diesen Bevölkerungsteil anzubieten: «Sonst wird die Gesellschaft ein Problem mit diesen Leuten haben.» Der Zugang für alle Kinder und Jugendlichen scheint jedoch unerlässlich, wenn man keine sozialen Ghettos schaffen will, weil die Kinderarbeit exklusiv auf benachteiligte Kinder ausgerichtet wird. Die Durchmischung fördert die Chancengleichheit. In diesem Zusammenhang erzählte ein Gemeinderat das Beispiel eines Realschülers, der seit kurzem Hilfe von einem Freund aus der Progymnasialklasse erhält. Beide würden an diesem Austausch gewinnen.



Wir halten fest, dass im Allgemeinen in der Schweiz davon ausgegangen wird, dass die Kinder- und Jugendpolitik die Altersgruppe der 0- bis 25-Jährigen betrifft. Der Kanton Freiburg stützt seine Politik ebenfalls auf diese Normen. Auch wenn spezifische Massnahmen für die frühe Kindheit und die Jugendlichen die Regel sind, ist es wichtig, die gesamte Altersgruppe zu berücksichtigen.

9. Alleine oder mit anderen Gemeinden?

Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben sich zur Schwierigkeit der Definition des Perimeters ihrer Kinder- und Jugendpolitik geäußert, da es nicht eine, sondern mehrere Politiken gibt, deren geografische Perimeter vom Zielpublikum abhängen. So arbeiten zwei Gemeinden in der Sense bei der familienergänzenden Kinderbetreuung zusammen, verfügen aber beide über ein eigenes soziokulturelles Jugendzentrum. Auch entspricht die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit im schulischen Bereich nicht zwingend dem Bereich außerschulische Aktivitäten. Der Perimeter der Kinder- und Jugendpolitik kann nicht nur vom Thema abhängen, sondern auch von der Zielgruppe. Es wurde in der Tat angesprochen, dass der Lebensraum der Primarschülerinnen und -schüler oft die Wohngemeinde ist. Die Jugendlichen hingegen treffen sich oft in den Bezirkshauptorten oder in den Gemeinden mit einer OS: dies kann die Vision des Perimeters der Kinder- und Jugendpolitik beeinflussen.

Zudem sind Diskussionen mit anderen Gemeinden schwierig, da nicht unbedingt alle das gleiche Bedürfnis im gleichen Moment verspüren.

Auch wurde gesagt, dass die Umsetzung einer Kinder- und Jugendpolitik bereits für eine einzelne Gemeinde eine grosse Herausforderung darstellt. Dies trifft insbesondere auf aus Fusionen entstandenen Gemeinden zu, da die dorfeigenen Mentalitäten und Identitäten stark bleiben: «Fusionierte Dörfer unternehmen nichts miteinander und bleiben jedes für sich.» Es ist schwierig, die Gemeinschaften der verschiedenen Dörfer dazu zu bringen, miteinander zu arbeiten. Einige sind der Ansicht, dass das Vereinsnetzwerk trotz der Fusion in jedem Dorf stark bleiben soll. Sie denken, dass die dezentralisierte Weiterführung der Animation zweckmässig ist.

Aus dem Lauf der Diskussionen ging hervor, dass die Regionalisierung eines Angebots oft die Folge des Erfolgs dieses Angebots ist. Ein Projekt, das über die Grenzen der organisierenden Gemeinde hinausstrahlt, bringt diese dazu, ihre Nachbarinnen zum Mitmachen zu bewegen. Einige Modelle, wie jenes von Vivisbach, führten zu einer mobilen Kinder- und Jugendarbeit. Obwohl Châtel-St-Denis der Hauptort für den Empfang und die Betreuung der Jungen bleibt, wird in jeder teilnehmenden Gemeinde mindestens zweimal pro Monat eine Aktivität durchgeführt: laut mehreren Personen des Treffens in Attalens sind diese regelmässigen Anlässe in den Gemeinderäumlichkeiten ein echter Erfolg in der Region Vivisbach und entsprechen einer Nachfrage. Seitens Senseoberland anerkannten einige Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, dass die Umsetzung einer kohärenten Kinder- und Jugendpolitik nur gemeindeübergreifend geschehen kann: «Es wäre für unsere Gemeinde nicht möglich gewesen, eine Kinder- und Jugendarbeit aufzuziehen!» So ist es nicht immer möglich noch sinnvoll, ein Projekt in einer einzelnen Gemeinde durchzuführen. Das Beispiel des Skateparks im Glanebezirk wurde erwähnt: wenn in mehreren Gemeinden im Glanebezirk ein solches Bedürfnis ausgedrückt wird, erscheint eine Zusammenarbeit für den Bau eines Skateparks logisch: «Wir müssen es schaffen, unsere Bedürfnisse zu bündeln!»

Bild 7: Attalens, 10. Oktober 2018



Die FKJF steht den Gemeinden für Überlegungen zur Regionalisierung zur Verfügung.

Schlussfolgerung

An den sechs in den Bezirken organisierten «I mache mit!»-Treffen konnten sich über 85 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte über die bewährten Vorgehensweisen für die Gemeinden austauschen. Die obige Synthese gibt die wichtigsten Punkte dieses Austauschs wieder, der sich um Fragen der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit, der Strategie, der Koordination, der Bedürfnisse usw. drehte. Die meisten Teilnehmenden haben diese Abende geschätzt und würden sich über eine regelmässige Organisation solcher Anlässe freuen. Einige drückten ihre Zufriedenheit über die Bereitstellung der Hilfsmittel und die Unterstützung der FKJF aus. Andere erfuhren von Projekten, die sie bis anhin nicht kannten. Im Wesentlichen wurde das Treffen mit Kolleginnen und Kollegen, die für die gleichen Fragen verantwortlich sind, für den Austausch und gemeinsame Überlegungen als nützlich empfunden. Der soziale Zusammenhalt und die Kinder- und Jugendförderung scheinen Themen zu sein, die unsere Gemeindeoberhäupter beschäftigen, auch wenn sie bereits sehr von den laufenden Aufgaben des politischen Gemeindelebens in Anspruch genommen werden. Die JuK bietet an, diese Massnahme in zwei Jahren erneut durchzuführen.



Anhang

Bei den Sitzungen wurde zusätzlich ein **Fragebogen zum Thema Bedarfs- und Interessensabklärung bei den Gemeinden** verteilt. 33 Gemeindevertreterinnen und -vertreter haben sich die Zeit genommen, diesen auszufüllen. Nachfolgend die Ergebnisse:

- > 20 Gemeinden interessieren sich für das Instrument «easyvote».
- > 23 Gemeinden möchten sich auf kantonaler Ebene Gedanken darüber machen, wie Kinder, Jugendliche und Familien am besten über die Angebote, die ihnen in Freiburg zur Verfügung stehen, informiert werden können.
- > 24 Gemeinden möchten, dass das Instrument «Quali-Tool» ins Französische übersetzt wird. Dieses auf nationaler Ebene entwickelte Hilfsmittel dient der Planung und Bewertung der Kinder- und Jugendpolitik.
- > 17 Gemeinden sind an Informationsmaterial für die Gemeindekommunikation interessiert (Plakate, Postkarten, Kugelschreiber, Sticker «I mache mit!«).
- > 17 Gemeinden sind an einer individuellen Unterstützung der Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung bei der Umsetzung der Kinder- und Jugendpolitik oder für spezifische Projekte interessiert.
- > 15 Gemeinden wünschen sich, dass solche Sitzungen jährlich durchgeführt werden, 6 Gemeinden alle zwei Jahre und zwei Gemeinden zwei Mal pro Jahr. Keine Gemeinde hat angegeben, dass diese Sitzungen unerwünscht sind.

Service de l'enfance et de la jeunesse SEJ
Jugendamt JA

Bureau de promotion des enfants et des jeunes BPEJ
Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung FKJF

Boulevard de Pérolles 24
Postfach 1463
1701 Freiburg
026/305.15.49

kinder-jugend@fr.ch

März 2018